

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Oktober 2017

TOP 1

Das Bündnis „Den Mangel beenden! – Unseren Kindern Zukunft geben!“ setzt sich mit einer Volksinitiative für mehr Lehrkräfte in den Schulen des Landes ein. Es übergab Mitte September Zehntausende Unterschriften an Landtagspräsidentin Brakebusch. Nun wird die Initiative Thema im Plenum. Eine der Vertrauenspersonen erhält Rederecht im Parlament, um das Anliegen vorzutragen.

TOP 2

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Durch einen Antrag soll sich der Landtag dafür aussprechen, seine bisherigen Beschlüsse zur Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu bekräftigen. Zudem sollen alle Versuche, auch von ministerieller Ebene, zurückgewiesen werden, diesen Beschlüssen zuwiderzuhandeln.

TOP 3

Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Landesregierung beauftragt werden, in Abstimmung mit der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, mit der Deutschen Bahn AG und mit den Regionalverkehrsunternehmen die Situation während des Sturmtiefs „Xavier“ auszuwerten. Zudem soll ein Maßnahmenplan vereinbart werden, der sicherstellt, dass bei zukünftigen Störungsfällen die Fahrgäste im Regionalverkehr über die Reisemöglichkeiten umfassend informiert werden.

TOP 4

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, „die wirtschafts- und verbraucherfeindliche Energiewende in Sachsen-Anhalt zu stoppen“. Der „planwirtschaftliche Irrweg im Energiesektor“ müsse schnellstmöglich beendet werden. Eine Rückkehr zum marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip sei dringend erforderlich, um eine fortwährende Kostenexplosion bei den Energie- und insbesondere bei den Strompreisen zu verhindern.

TOP 5

Das bisherige Mitglied im Beirat bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Prof. Dr. Ulrike Höroldt, hat ihre Mitgliedschaft im Beirat am 31. Juli 2017 beendet. Der Landtag wählt nun gemäß § 8 AufarbBG LSA ein Nachfolgemitglied. Dies soll laut Wahlvorschlag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, werden.

TOP 6(a-c)

(a) Nicht nur die jüngsten Positionierungen des Chefs der EU-Kommission und des französischen Präsidenten entfachen laut Fraktion DIE LINKE eine Debatte über die Perspektiven der EU. Dies soll Thema in einer Aktuellen Debatte sein.

(b) Die AfD-Fraktion hat eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sie sich mit der linken Szene in Sachsen-Anhalt auseinandersetzen möchte. Zentral soll es dabei um die Hausbesetzung in der Hafestraße 7 in Halle (Saale) gehen.

(c) In Deutschland ist seit 1989 die Masse der Insekten dramatisch geschrumpft. Es gibt immer weniger Insekten. Die jährliche Gesamtmasse an wirbellosen Tieren habe um rund 76 Prozent abgenommen. Die soll Thema einer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierten Aktuellen Debatte sein.

TOP 7

Im Dezember 2016 wandte sich die Fraktion DIE LINKE mit einer Großen Anfrage an die Landesregierung. Thema war die „Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Sachsen-Anhalt“. Die Antwort der Landesregierung liegt nun vor und soll im Plenum diskutiert werden.

TOP 8

Wesentliches Ziel des von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurfs ist die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Landesverfassungsgericht. Damit soll eine Vereinbarung der Koalitionspartner umgesetzt werden, die auf eine Anregung des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts zurückgeht.

TOP 9

Mit ihrem Gesetzentwurf möchte die Landesregierung darauf hinwirken, das Kinderförderungsgesetz zu ändern. Das Verfassungsgericht des Landes hatte mit Urteil vom 20. Oktober 2015 Teile des Kinderförderungsgesetzes mit der Verfassung des Landes für unvereinbar erklärt. Unter anderem ging es um die Ausweitung der Finanzierungspflicht für in freier Trägerschaft betriebene Kindertagesstätten, ohne dass entsprechende Kostendeckungsregelungen vorgesehen seien. Dem soll die Novellierung des Gesetzes Abhilfe schaffen.

TOP 10

Mit dem vorliegenden Entwurf soll das Schulgesetz an aktuelle Entwicklungen angepasst, schulpolitische Zielsetzungen erfüllt sowie notwendige weitere Änderungen umgesetzt werden. Die wichtigsten Eckpunkte der vorliegenden Novelle sind unter anderem die Einführung von Grundschulverbänden zur Sicherung von Schulstandorten in ländlichen Regionen mit geringer Einwohnerdichte und die Öffnung des Vorbereitungsdienstes zur Qualifizierung neuer Lehrkräfte.

TOP 11

Die AfD-Fraktion bringt einen Antrag in den Landtag ein, durch den sie das Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ändern will. So geht es beispielsweise um eine stärkere Unterscheidung zwischen „Bürgern“ und „Einwohnern“ einer Kommune (und um deren Rechte) und um die Herabsenkung der Quoren bei Bürgerantrag und Bürgerbegehren.

TOP 12

Um Altersarmut aktiv zu bekämpfen, sei ein weiteres Absinken des Rentenniveaus zu verhindern und dessen Anhebung auf mindestens 53 Prozent anzustreben, so die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag vom Dezember 2016. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, in der die Annahme des geänderten Antragstexts nahegelegt wird.

TOP 13

Im April 2017 hatte das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Novellierung des SGB VIII verabschiedet. Dieser sah vor, Maßnahmen und Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen über Landesrahmenverträge regeln zu können. Die Fraktion DIE LINKE fürchtete, dass durch Sonderregelungen Ansprüche und Leistungen für diese Zielgruppe reduziert werden könnten. Daher sollte die Landesregierung per Antrag aufgefordert werden, sich im Bundesrat gegen die geplante Einführung auszusprechen. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Bundestag den Empfehlungen des Bundesrats in dieser Sache nicht gefolgt ist.

TOP 14

Das Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarktes ist laut den Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein neuer Baustein für den Sozialen Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt. Es soll bestehende Angebote der Bundesagentur für Arbeit, der Jobcenter und des Landes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sinnvoll ergänzen. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfiehlt, den Antrag in leicht geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 15

Durch einen Antrag der Fraktion DIE LINKE soll der Landtag von Sachsen-Anhalt die unzureichende und mangelnde Informations- und Auskunftserteilung durch die Ministerin für Justiz und Gleichstellung gegenüber dem Landtag hinsichtlich der Einstellung der Ermittlungen im Verfahren Oury Jalloh missbilligen. Die Ministerin habe wider besseres Wissen dem Parlament Informationen vorenthalten und sei damit dem Frage- und Auskunftsrecht der Mitglieder des Landtags gemäß Artikel 53 Abs. 1 Landesverfassung nicht gerecht geworden.

TOP 16

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung unter anderem ein zentrales Moscheeregister einrichten, durch das sich die Moscheen regelmäßig einer eingehenden Prüfung zu unterziehen hätten. Neubauten von Moscheen mit Minaretten seien grundsätzlich nicht zu genehmigen. Bereits errichtete Minarette müssten zurückgebaut oder umfunktioniert werden. Jene Formen des islamischen Schleiers, die das gesamte Gesicht bedecken, seien generell zu verbieten. Zudem seien jene Formen des islamischen Schleiers, die das Gesicht frei lassen, im gesamten öffentlichen Dienst zu verbieten.

TOP 17

Aufgrund der aktuellen Gefahr für Mensch und Umwelt, die durch den Austritt von Schadstoffen in das Grundwasser zweifelsfrei festgestellt wurde, soll die Landesregierung auf Antrag der AfD-Fraktion umgehend eine Entscheidung zur sofortigen Stilllegung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“ treffen.

TOP 18

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Oktober die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.